

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 381

21. März 2007

13. Jahrgang

Handel vereinigt? Verhandlungsstart zwischen Zentralamerika und der Europäischen Union

Die Europäische Union (EU) und Zentralamerika beginnen im März die Verhandlungen, die es erlauben werden, einen Handelsvereinigungsabkommen zwischen beiden Regionen aufzustellen. Doch angesichts der Tatsache, dass Mittelamerika keine grosse Handelsbedeutung für Europa hat und auch für die Zukunft keinen signifikanten Absatzmarkt darstellt, muss man sich zwangsweise die Frage nach dem Warum dieses Abkommens stellen. Laut AnalystInnen besteht dessen Hauptzweck darin, europäischen transnationalen Unternehmen die Türen in die Winkel zu öffnen, wo die Region noch Perspektiven zur Privatisierung anbietet. Dies wird gleichzeitig der EU ermöglichen, ihre Positionen auf dem multilateralen Handlungsfeld zu stärken, speziell in den Themen, bei denen auf der Ebene der Welthandelsorganisation (WTO) kein Fortschritt zu verzeichnen ist. Die VertreterInnen der EU gestehen diese Gründe durchaus zu, ziehen es jedoch vor, andere Aspekte des Abkommens hervorzuheben, wie den politischen Dialog, die Zusammenarbeit und eine spezielle Menschenrechtsklausel. Doch hier stellt sich für bestimmte Gruppen der Zivilgesellschaft, die noch nicht wissen, ob sie an den Verhandlungen teilnehmen werden, eine neue Frage: Wäre es möglich, den kommerziellen Teil der Vereinbarungen abzulehnen, ohne andere Abschnitte zu gefährden (eingeschlossen der Ressourcenfluss aus der EU)?

Wir veröffentlichen einen Artikel, der in der Nr. 1692 von *Inforpress Centroamericana* erschienen ist.

Die Schaffung eines Vereinigungsabkommens zwischen EU und Zentralamerika wird seit dem Gipfel der Staats- und Regierungschefs/chefinnen der EU, Lateinamerika und der Karibik vorangetrieben, der im Mai 2004 im mexikanischen Guadalajara stattfand. Im Mai 2006, während eines entsprechenden Gipfels in Wien, konkretisierten die VertreterInnen der EU und des Isthmus bereits einige Details des Abkommens, das zum ersten Mal zwischen beiden Regionen ein Freihandelsabkommen (TLC) enthält.

Doch die EU hat wissen lassen, dass sie mit Zentralamerika nur *en bloque* verhandelt. Auf diese Weise hat sie die Verhandlungseröffnung für den TLC gleich mit einer grundlegenden Voraussetzung konditioniert: die Vertiefung der regionalen Wirtschaftsintegration.

Gemäss der Deklaration von Wien handelt es sich bei dieser Integration vor allem um einen institutionellen Rahmen, die Zollunion und die Eliminierung von nicht-tariflichen Handelsbarrieren im innerregionalen Handel. „Diese Voraussetzung trägt zur Vereinfachung des Handelsprozesses bei und zur zukünftigen freien Zirkulierung von Waren- und Dienstleistungen innerhalb der Region, die aus der EU stammen“, sagt Analyst Tobias Lambert von der Heinrich Böll-Stiftung.

Der Repräsentant der *Europäischen Kommission* in Guatemala, Joao Melo de Sampaio, ist der Ansicht, dass die Zollunion synonym steht für einen integralen Markt, der erlaubt, alle sechs Länder des Isthmus (Panama, Costa Rica, Nicaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala) als eine einzige

Region zu fördern. Im Interview mit *Inforpress* berichtet der Diplomat, dass die betroffenen Länder einverstanden seien mit 82% der Vorschläge über die Verteilung der Einnahmen der peripheren Zölle und übrigen Einfuhrsteuern. Gleichwohl gäbe es zwei weitere Schlüsselthemen zu verhandeln: 1. Die Ratifizierung des Zentralamerikanischen Vertrags über Investitionen und Dienstleistungen und 2. die Entwicklung eines Hoheitssystems zur Absicherung der regionalen Wirtschaftsdisziplinen. Hinsichtlich dieses letztgenannten Mechanismus hat die EU bereits 10 Mio. Euro während fünf Jahren investiert, um den Gerichtshof, das Generalprokurat und die anderen juristischen Institutionen zu stärken.

Inzwischen zeigt sich die EU, die anfangs von Zentralamerika eine einzelne Verhandlungsperson für die Diskussionen um ein eventuelles Handelsabkommen gefordert hat, dazu bereit, mit einem Team aus VertreterInnen der einzelnen Länder zu verhandeln. Francesca Mosca, die EU-Botschafterin in Nicaragua, wies unterdessen darauf hin, dass der zentralamerikanische Vorschlag vom Block der 27 europäischen Länder akzeptiert werden müsse. Zudem versicherte sie, dass die Zivilgesellschaft der Region an den Verhandlungen beteiligt werden sollte. Dafür sei vorgesehen, Anfang März ein Forum in Honduras zu organisieren.

Derweil versicherte Melo de Sampaio, dass die EU nicht vorhabe, einen simplen Freihandelsvertrag mit Zen-

tralamerika schliessen zu wollen, sondern dass ein Abkommen mit einer politischen Dimension und einer Vertiefung der Entwicklungszusammenarbeit vorgesehen sei. Durch dieses will die Europäische Union Zentralamerika mit US-\$ 1 Mrd. unterstützen, deren Auszahlungen zwischen 2007 und 2013 für priorisierte Programme wie den Kampf gegen Armut, Umweltprobleme und die Verbesserung der Niveaus von Sicherheit und Justiz getätigt werden sollen.

DR-CAFTA II?

Obwohl das Abkommen tatsächlich Themen wie den politischen Dialog, die Zusammenarbeit und eine Menschenrechtsklausel beinhaltet, liegt doch der Nachdruck laut einigen AnalystInnen auf dem Wirtschaftsaspekt. „Es ist ein Abkommen mit all dem neoliberalen Einfluss des Freihandels, der die Grossen begünstigt und die schädigt, die immer benachteiligt werden“, sagt Mario Rodríguez vom *Entwicklungsstudienrat* (CIID).

Entsprechend sind die Erläuterungen des Wirtschaftsministers von Guatemala zu interpretieren, gemäss dem das Verhandlungsteam aus vier Rundtischen bestehe: a) Marktzugang, b) Dienstleistungen, c) Institutionelle Angelegenheiten und d) Andere Themen. Ministeriale Aussagen bestätigen, dass die Aufmerksamkeit auf den Zugangsmechanismen zu den Märkten liegt, die erlauben werden, den Warenfluss zwischen den Regionen zu erhöhen. „Diese Ankündigung spiegelt bloss wider, welche Interessen wirklich verfolgt werden, und diesbezüglich unterscheiden sie sich in nichts von denen im Prozess um den Freihandelsvertrag zwischen den USA, Zentralamerika und der Dominikanischen Republik (DR-CAFTA)“, bringt es Rodríguez auf den Punkt. Seine Ansicht wird bestärkt durch die Aussagen von Peter Mendelson, dem Handelsbeauftragten der Europäischen Kommission, der meint: „Diese Vereinbarungen schaffen die Grundlagen für deutlich intensivere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den zentralamerikanischen wie andinen Ländern.“

Guatemala verfolgt derweil eine ähnliche Strategie wie damals gegenüber den Vereinigten Staaten, indem es versucht, die Vorteile zu festigen, die die EU im Moment der Region durch das *Allgemeine Präferenzsystem SGP Plus*¹ gewährt. „Mit anderen Worten heisst das“, erklärt Rodríguez, „dass die Konsolidierung der Zugangsvorteile, die die grossen Exporteure geniessen, die in erster Linie in Verbindung mit Kaffee, Bananen, Tabak und Sesam stehen sowie in geringeren Mengen mit tropischen

Pflanzen und Früchten, allein die grossen Unternehmensgruppen begünstigt wird, die die Gewinner des ganzen Prozesses der Handelsliberalisierung sind.

Der Analyst setzt hinzu, die EU lasse dabei bereits durchblicken, dass Zentralamerika in ihrer Globalen Strategie nur zwei Dinge bedeuten kann: 1. Die gleichen Vorteile zu erreichen, die die mittelamerikanische Region den USA mittels des CAFTA zugebilligt hat und 2. die Themen aufzugreifen, die bei den WTO-Verhandlungen in der Doha-Runde auf der Strecke geblieben sind und somit sich den Zugang zum Markt der USA zu verschaffen, was zukünftige Vorteile generiere in den multilateralen Verhandlungen angesichts des Scheiterns der Verhandlungen von Hong Kong und des Ins-Stocken-geraten der Entwicklungsrunde in Doha. In diesem Sinne zentriert die Europäische Union ihr Interesse auf die Themen der Dienstleistungen, dem intellektuellen Eigentum, Regierungsinvestitionen und –käufen, schlicht: den Themen von Singapur auf der Agenda der WTO.

Die Diskussion der Themen des politischen Dialogs und des Zusammenarbeitsprozesses an den Rundtisch der „Anderen Themen“ zu delegieren, weist darauf hin, dass die Handels- und Wirtschaftsaspekte definitiv vorherrschen, so wie es schon die Presseerklärung der EU-Delegation in Guatemala bestätigt: „Die Abkommen werden die Bedingungen schaffen für die graduelle Einführung einer Freihandelszone zwischen der EU und den beiden Regionen (Mittelamerika und Anden, die Red.) und werden sowohl den intra- wie biregionalen Handel entfalten.“ Angesichts dieser Prämissen schätzen zahlreiche AnalystInnen, dass das Ergebnis ein klassischer Freihandelsvertrag sein wird, im besten neoliberalen Stil der Deregulierung, mit Schutz für Investitionen und verwalteter Handelsvereinbarung in der Absicht, komparative Vorteile zwischen beiden Regionen zu erhalten.

Suzan van der Meij vom *Lobbyprogramm in Europa für Zentralamerika* (PICA), sagt die Konsequenzen des Abkommens voraus: weniger Arbeitsplätze, ein eingeschränkter Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen aufgrund der Privatisierungen und höhere Lebenshaltungskosten, die unter anderem auf die volkswirtschaftlichen Effekte sowie auf eine ungünstigere Handelsbilanz zurückzuführen sind, da die europäischen Importe zu- und die Exporte abnehmen werden.

Geopolitische Interessen

Auf diese Ängste angesprochen,

gesteht Melo de Sampaio ein, dass die Art der Investitionen, die mit dem Abkommen in Zentralamerika vorangetrieben werden sollen, keine massive Zunahme von Arbeitsplätzen mit sich bringen wird, „aber das ist heutzutage normal, wo die neuen Arbeitsplätze meist Spezialisierungen nachfragen.“ Die mögliche Privatisierung von Dienstleistungen sieht der EU-Funktionär als ermutigend, „denn obwohl die Preise steigen, werden die Dienste auch besser und der Staat nimmt (von den Privatunternehmen) mehr Steuern ein, um in die öffentlichen Ausgaben investieren zu können.“ Und hinsichtlich der möglichen unvorteilhafteren Handelsbilanz ist Melo de Sampaio der Ansicht, dass durch das Abkommen wahrscheinlich die Exporte steigen, da es ein enormes Wachstumspotential gebe, traditionelle Produkte nach Europa zu verkaufen.

Nichtsdestotrotz besagen Daten der EUROSTAT, dass während der ersten vier Jahre des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Mexiko (2000-04) der Handel zwischen den Partnern gerade einmal um 3% gestiegen ist. Die Exporte aus Mexiko in die EU wuchsen im Schnitt um 5% pro Jahr, während die Importe aus der EU leicht fielen.

Doch, so schliesst Melo de Sampaio letztendlich, das Hauptanliegen des Abkommens sei nicht kommerziell, sondern geopolitisch. „Wir leben in einer unipolaren Welt, und die EU ist daran interessiert eine ausgeglichene Welt zu schaffen, wo die Länder mehr Macht haben können, um in Blöcken oder als

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Regionen zu verhandeln. Daher stammt unser Glaube in den Multilateralismus, und Zentralamerika könnte ein strategischer Allierter sein.“

Tatsächlich hat die Wiederholung im Verhandlungsmandat, das aus dem Gipfel von Wien hervorging und vorsieht, die Zusammenarbeit zugunsten der sozialen Kohäsion zu stärken, Erwartungen geweckt, die weit über die unternehmerischen Bereiche hinausgehen. „Und dieser Aspekt könnte die Bruchstelle sein dafür, dass dieses Handelsabkommen weder kontrovers ist noch die glei-

chen Leidenschaften weckt, wie es beim Prozess des CAFTA der Fall war“, spekuliert Rodríguez.

1 Der SGP Plus, der für die zentral-amerikanischen Länder am 1. Juli 2005 in Kraft trat und rund 7'200 Produkte umfasst, ist ein System, das zusätzliche Präferenzen speziell gefährdeten Ländern zugesteht unter der Bedingung, eine Reihe von Kriterien zu erfüllen. Dazu gehören die Ratifizierung und Implementierung von 27 internationalen Abkommen über nachhaltige Entwicklung und

Umwelt, Arbeitsrechte und *Gute Regierungsführung*. Ausserdem darf die Produkt- und Exportpalette der involvierten Länder nur wenig diversifiziert sein und keines der Länder darf für mehr als 1% der von der EU importierten Güter verantwortlich zeichnen. Länder, die mehr als 15% der Importe an die UE in einer bestimmten Produktgruppe liefern, verlieren ihren Präferenzstatus. In der Textilindustrie liegt das Limit gar bei 12,5%. Diese Regelungen sollen dafür sorgen, dass vor allem bedürftige Länder in den Genuss von Zollerleichterungen kommen können.

Ausnahmezustand: Bush war da

Guatemala, 13. März. Und sein 24stündiger Besuch in Guatemala auf seiner Lateinamerikareise (siehe ¡Fijáte! 380) hinterlässt bloss einen fahlen Nachgeschmack. Der einzige etwas konkretere Vorschlag des US-Präsidenten ist ein regionaler Plan gegen den Drogenhandel und gemeinsame Anstrengungen gegen die Jugendbanden. Der US-guatemalteckische Antidrogen-Plan *Maya-Jaguar* wird derweil fortgesetzt. Ach, und Bush ist bereit, die *Internationale Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) zu unterstützen. Hinsichtlich der guatemalteckischen Hauptsorge um die Landsleute, die ohne Dokumente in den USA leben, aber besonders in der letzten Zeit massiv, rücksichtslos und mit vielseitiger Schikane deportiert werden, zog sich Bush schamlos aus der Affäre: „Wir sind dazu verpflichtet, die Personen mit Respekt zu behandeln, aber wir müssen auch das Gesetz respektieren.“ Und solange sich an diesem nichts ändert, gehen die Deportationen weiter. Doch der US-Präsident zeigte sich optimistisch und kündete Änderungen des Migrationsartikels für August an, bei denen zumindest ein Zeitarbeitsprogramm verabschiedet werden soll, um die Mehrheit der „Illegalen“ zu dokumentieren. Die endgültige Entscheidung wird beim US-Senat liegen.

Aus verschiedenen Gründen war Bushs Kommen im Vorfeld als Beleidigung gegen Guatemala bezeichnet worden. Die Zivilbevölkerung, inklusive der Katholischen Kirche, kritisierte u.a. die Unverfrorenheit des Besuchers, das noch am Tag seiner Abreise aus Washington in Massachusetts bei einer Fabrik-Razzia 332 GuatemalteckInnen festgenommen und deportiert und auf diese Weise 224 Minderjährige schutzlos zurückgelassen wurden.

Während des Aufenthaltes von Bush, seiner Frau Laura und Staatssekretärin Condoleezza Rice herrschte in Guatemala an einigen Orten der Ausnahmezustand. In der Hauptstadt wurden

von Sonntagmittag bis Montagabend ganze Strassenzüge für den Auto- und Fussverkehr gesperrt, der Luftraum wurde für privaten Verkehr komplett und für kommerzielle Flüge wiederholt für Stunden geschlossen, in dieser Zeit ankommende Fluggäste wurden in andere Länder umgeleitet. Zahlreiche Sicherheitskameras wurden installiert, verdeckte AgentInnen bevölkerten die Stadt und Konvois von 200 Autos transportierten die Sicherheitskräfte. Der US-amerikanische *Secret Service* hatte schon Tage vorher das Kommando übernommen. Aufgrund der gesperrten Strassen konnten viele Geschäftsleute ihre Läden gleich zulassen, zudem wurde die Versorgung der Hauptstadt mit Gemüse und Obst aus dem Hochland beeinträchtigt, wurden doch den Montag über 40 km der Panamericana gesperrt. Bush sollte nämlich das Dorf Santa Cruz Balanya und die archäologische Stätte Iximché in Tecpán, beides im Departement Chimaltenango, besuchen.

Doch auch hier ging der Ausnahmezustand gleich weiter. In Sta. Cruz, das als Landwirtschaftsmodellprojekt gilt, waren zuvor einige wohl zu elend aussehende Häuser mit neuem Dach und Farbe für ein „schönes Stadtbild“ ausgebessert, währenddessen der *Secret Service* alle Häuser durchsuchte, sie teilweise besetzte und auf einschüchternde Weise die Bevölkerung bei Versammlungen instruierte, wie sie zu verhalten hätten – so wie es militärische Praxis während des internen bewaffneten Konflikts war. Als der hohe Besuch das Dorf betrat, wurden die nationalen JournalistInnen eine gute halbe Stunde in der Schule eingesperrt; Scharfschützen waren auf den Dächern rund um Bushs Flaniermeile positioniert, Kampfhubschrauber überflogen die Gegend.

Derweil hatten Maya-Priester und –Organisationen den angekündigten Besuch von Bush in Iximché als Affront gegen die Ahnen und die indigene Kultur bezeichnet, die sich seit der *Conqui-*

sta gegen den Imperialismus verteidigt habe und jetzt nicht einmal konsultiert wurde, ob der Gast die heilige Stätte betreten dürfe. Ausserdem stelle es einen Missbrauch der Kultur dar, dass die AnwohnerInnen von der Regierung dazu aufgefordert wurden, traditionelle Tänze und das Maya-Ballspiel aufzuführen. Noch bevor Bush ankam, wurde angekündigt, nachher eine spirituelle Säuberung des Ortes durchzuführen, stelle Tecpán schliesslich Ende März den Sitz für den III. Kontinentalen Gipfel der indigenen Völker und Nationalitäten Lateinamerikas, auf dem just eine gemeinsame Strategie erarbeitet werden soll, wie der US-amerikanischen Politik zu begegnen sei. In Iximché wurden die nationalen JournalistInnen unterdessen ins Museum ein gesperrt.

Die Tatsache, dass überhaupt nur die schriftliche Presse und zwei Fernsehsender autorisiert waren, die Visite zu dokumentieren, stellte den Höhepunkt der Einschränkung der Pressefreiheit dar.

Während Bush am Montagabend im Nationalen Kulturpalast dinierte, kam es zu Zusammenstössen zwischen DemonstrantInnen und der Polizei, die, vom Militär tatkräftig unterstützt, mit Tränengas und Gewalt die siebenstündige Manifestation zu kontrollieren suchte. Zwei Personen wurden festgenommen, drei Mädchen und zwei Frauen wurden mit Tränengasvergiftungen ins Krankenhaus gebracht. Am Samstag zuvor hatten vornehmlich Studierende der *Universität San Carlos* einen Protestmarsch veranstaltet, der bis zur Nordamerikanischen Botschaft führte. Auf dem Weg besprühten sie diverse Wände und Monumente mit Anti-Bush-Graffitis und verbrannten vor der Botschaft US-amerikanische Flaggen. Vom Dach des Gebäudes aus wurden sie dabei vom *Secret Service* fotografiert und gefilmt.

Und wieder einmal hat die Regierung die Souveränität des Landes aus der Hand gegeben.

Acht Morde, doch in Sachen Ermittlungen: Nichts

Guatemala, 16. März. Wirklich neue Enthüllungen gibt es um den achtfachen Mord an drei salvadorianischen Abgeordneten, ihrem Chauffeur und in Folge an vier von ihren Mördern, Polizisten der Kriminalabteilung DINC von Beruf, selbst nach zwei Wochen Ermittlungen nicht. Das präsente FBI will seinen Bericht in dieser Woche vorlegen. (siehe ¡Fijáte! 380) Weder ist geklärt, wer die Polizisten im „Hochsicherheitsgefängnis“ El Boquerón getötet hat, noch gibt es konkretere Hinweise auf das Motiv für das Verbrechen an den Salvadorianern. Von guatemaltekischer Seite wird immer noch die These vertreten, es habe sich um einen Drogenkartellkonflikt gehandelt, in den einer oder mehrere der Abgeordneten involviert waren, was vom Nachbarland heftig dementiert wird. Dessen Staatsanwaltschaft und Polizei spekulieren hingegen darauf, dass ihre Landsmänner unschuldige Opfer geworden sind in einem Drogendisput mit einem Kartell in Jutiapa, bei dem die DINC hochgehen sollte. – Auf dem Video von der Tankstelle ist ein zweites Auto zu sehen, dass einem Drogendealer in jenem Departement gehören soll. –

Javier Figueroa, der ehemalige stellvertretende Ermittlungsleiter der Nationalen Zivilpolizei (PNC) hat seine „Urlaubsreise“ inzwischen von Costa Rica über Panama nach Venezuela fortgesetzt, während seine Familie nach Mexiko gereist ist. Derweil gibt es neue Hinweise darauf, dass nicht nur er und der ehemalige DINC-Chef Victor Soto, die angeblich einem Todesschwadron innerhalb der Polizei vorstehen sollen genauso wie der Berater des Innenministers, Victor Rivera und der Minister, Carlos Vielmann

in irgendeiner Form persönlich in die Taten verwickelt sind. Die Patriotische Partei (PP), die inzwischen die Interpellation des Innenministers begonnen hat, jedoch immer noch auf Antworten des Funktionärs wartet, die noch nicht bekannt sind, hat drei Videos präsentiert; auf einem davon sagt ein ehemaliger Polizist aus, dass der Mord an den Abgeordneten im Innenministerium geplant worden sei und Soto mit Figueroa kurz vorher in El Salvador gewesen waren, um die Opfer zu beschatten.

Und just in diesen Tagen kamen neue Details von Zusammenhängen ans Tageslicht. Das Menschenrechtsprokurat (PDH) erkannte auf einem Foto, das bei der Stürmung des Gefängnisses El Pavón im August letzten Jahres, auf der immer noch der Verdacht der aussergerichtlichen Hinrichtung von sieben Gefangenen lastet, aufgenommen wurde, zwei Männer, die als Scharfschützen gekleidet waren, aber nicht als Polizisten registriert sind. (siehe ¡Fijáte! 369 und 375) Nun stellt sich heraus, dass es sich um zwei Brüder handelt, die seit letztem Jahr als „ehrenamtliche Berater“ für die PNC arbeiten und aus diesem Grund im Pavón dabei waren. Und aktuell waren sie in die Ermittlungen des Mordes an den Abgeordneten eingeschaltet. Just am Abend des Tages, an dem die Tageszeitung *el Periódico* ihre Identität und Funktion für die PNC publiziert hatte, wurde ihr Auto mit ihnen an Bord unter Maschinengewehrbeschuss genommen. Beide entkamen unverletzt der Attacke aufgrund der schussicheren Rückenlehnen und Türen des Wagens.

Inzwischen hat auch der fünfte DINC-Polizist die ersten Aussagen ge-

leistet. Gemäss ihm, Marvin Roberto Contreras Natareno, habe er sich nicht erst am 28. Februar, sondern bereits vier Tage früher freiwillig gestellt und sei in dieser Zeit illegal vom Innenministerium festgehalten sowie aussergerichtlich vom Innenminister, dessen Berater Rivera, vom PNC-Chef Erwin Sperisen und von zwei Staatsanwälten verhört worden. Er selbst sei bloss Zeuge des Mordes an den vier Salvadorianern gewesen und fungierte als Wache während des Verbrechens. Seine Kollegen hatten das Auto der Abgeordneten komplett auseinander genommen auf der Suche nach Drogen, ohne diese zu finden.

Ein sechster DINC-Ermittler, Jeiner Barillas, der an der Tat beteiligt gewesen sein soll, ist flüchtig, gegen zwei weitere Männer, darunter ein Chemiker, der die Weisspulvermischung für die Inbrandsetzung des Fahrzeuges produziert habe, ist inzwischen Arrest angeordnet. Trotz seiner Aussagen und den Umständen wurde Contreras weder Zeugenschutz von Seiten der Staatsanwaltschaft gewährt, die derweil von der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) übernommen wurde, noch erklärte sich der zuständige Richter dazu bereit, die Anklage auf Mord in Verbrechendeckung zu verwandeln.

Während Vielmann Contreras kategorisch als Mörder bezeichnet und dessen Glaubwürdigkeit im Vergleich zu der der Staatsanwaltschaft und Polizei in Frage stellt, bezeichnen die PDH und die Leiterin der Pflichtverteidigung (DP) die Enthüllungen des DINC-Polizisten als schwerwiegend, die unbedingt untersucht werden müssten.

Kandidatin Rigoberta!

Guatemala, 16. März. Seit dem 21. Februar steht es fest: Rigoberta Menchú geht für das just in diesen Tagen zur 20. Partei gekürte *Encuentro por Guatemala* (EG) ins Wahlrennen um die Präsidentschaft im September. (siehe ¡Fijáte! 379) Das *Oberste Wahlgericht* (TLC) hat gerade die genauen Daten dafür verkündet, die aber erst im Mai mit dem Kampagnenstart als offiziell gelten: Am 9. September findet die erste und bei Bedarf am 4. November die zweite Wahlrunde statt.

Nachdem die Verhandlungen zwischen der Menchú unterstützenden indigenen Gruppierung Wina'q und der sondierenden Allianz zwischen der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) und der *Breiten Bewegung der Linken* (MAIZ) aufgrund fehlenden Konsenses schon nach Kurzem abgebrochen wurden, haben sich Menchú und die EG-Generalsekretärin Nineth Montenegro samt Crews schliesslich

einigen können. Über Details und vor allem die von Wina'q im Vorfeld geforderten 50/50-Aufteilung der Posten gelangen keine Informationen an die Öffentlichkeit. Auch der Name der Person, die die Vizepräsidentschaft bekleiden soll, steht bislang offiziell noch nicht fest. Im Gespräch sind der Direktor des *Zentralamerikanischen Studieninstituts für Steuerfragen* (ICEF), Juan Alberto Fuentes Knight und der Anwalt und Journalist Mario Fuentes Destarac.

Rigoberta hat inzwischen mit der - wie sie es nennt - „Ameisenarbeit“ begonnen und sucht den Kontakt zur Basis. Anders als die traditionellen Parteien, die mittels kostspieligen Projekten, Werbegeschenken und -plakaten um Stimmen buhlen und sich ihre lokalen VertreterInnen nach deren Farbe aussuchen, organisieren das *Encuentro* und Wina'q Volksversammlungen und lassen die lokalen KandidatInnen per Konsultation auswählen.

Aufgrund ihrer Postulierung hat Menchú inzwischen ihren Posten als Friedensvertrags-Botschafterin in der Regierung aufgegeben.

Politisch wird die Konstellation zwischen EG und Menchú vor allem als Schlag gegen die URNG und die Linke allgemein gewertet. Verzeichnet die linke Partei seit einiger Zeit aufgrund der inneren Streitigkeiten ohnehin eher Verluste, wird das von den zwei bekannten Frauen, die sich beide eher zur politischen Mitte orientieren, geführte Präsidentschaftsprojekt sicher potentielle WählerInnen einer Alternative zum sonst rechts-oligarchen Parteienspektrum abziehen und einem Überschwappen der lateinamerikanischen Linkswoge wird der Wind genommen.

Gleichzeitig müssen sich nun die Kandidaten der übrigen Parteien Gedanken um ihre Kampagnen und Botschaften machen, da plötzlich ein Gegenvorschlag zu ihnen auf dem Tisch liegt.

Haushalt 2007 - die Zweite

Guatemala, 15. März. Da sich der Kongress nicht bis Mitternacht des 30. November vergangenen Jahres über die Verteilung des Etats für 2007 einigen konnte, war für diesen automatisch die Höhe des vorhergehenden, sprich dem von 2006 gültig: 37,704 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 5 Mrd.). (siehe ¡Fijáte! 374). Von vornherein war klar, dass mindestens Q 2 Mrd. für diverse Vorhaben fehlen würden, allein das Verteidigungsministerium hatte eine Erhöhung um Q 120 Mio. ob seiner Ausgaben für die militärische Unterstützung der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) in Sachen öffentliche Sicherheit beantragt.

Gleichzeitig kamen noch im Dezember einige Unsauberkeiten im Umgang mit dem Staatshaushalt ans Tageslicht. Die Abgeordnete vom *Encuentro por Guatemala* (EG), Nineth Montenegro, machte nicht nur darauf aufmerksam, dass innerhalb von zwei Wochen 4,2 Mrd. Quetzales innerhalb der Regierung verschoben wurden, sondern denunzierte zudem, dass vom Haushalt 2006 mindestens 3 Mrd. Quetzales ohne Steuerprüfung ausgegeben worden waren. Zum Grossteil waren diese Gelder von internationalen Organisationen und Nichtregierungsorganisationen verwaltet worden, was noch im Januar für Aufruhr um das involvierte *UN-Entwicklungsprogramm* (UNDP) sorgte. Der Vorteil dieser Institutionen ist, dass sie sich, im Gegensatz zu Regierungsinstanzen, weder obligatorisch an Rechnungsprüfungen, Ausschreibungspflichten, noch nationalen Gehaltstarifen richten müssen, was die Ausführung von Vorhaben deutlich beschleunigt, jedoch nicht zur Transparenz beiträgt.

Montenegro kritisierte ausserdem den teilweise äusserst geringen Verbrauch der zugewiesenen Gelder von Seiten der Ministerien und Programme, von denen die Sozialen Programme mit einem Ausnutzen von 58% ihres Budgets am wenigsten ausgegeben haben. Als Beispiel nennt sie dabei das *Nationale Entschädigungsprogramm* (PNR), das seit vier Jahren jährlich über einen Etat von 300 Mio. Quetzales verfügt, doch bis Ende 2006 gerade einmal 109 Mio. in ökonomische Entschädigung, 7 Mio. in Exhumierungen und 3 Mio. in psychosoziale Begleitung investiert hat. 40 Mio. gingen derweil bis April 2006 in Verwaltungskosten.

Die Menschenrechtsorganisation *Grupo de Apoyo Mutuo* (GAM) weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass trotz der knapp 20 Mrd. Quetzales, die in den letzten zehn Jahren von den staatlichen Sozialprogrammen ausgegeben

wurden, die Zahlen von der in Armut und extremer Armut und Hunger lebenden Bevölkerung stetig steigen, die Programme also keine Wirkung zeigen.

Gleichzeitig beobachtete Montenegro im letzten Jahr, dass von der Regierung insgesamt 78 Mio. Quetzales in Werbung und 54 Mio. in Auslandsreisen investiert wurden.

Schon im Dezember hatte Präsident Berger seinerseits grünes Licht für die Budgeterweiterung des Verteidigungsressorts gegeben, doch von diesem war nach der den Februar über währenden Diskussion um die allgemeine Etataufstockung keine Rede mehr. Unterdessen beschwerte sich Vizepräsident Eduardo Stein darüber, dass die Opposition ihre Zustimmung von Änderungen der wahlpolitisch berühmt-berüchtigten Geographischen Liste von Bauvorhaben abhängig mache, doch im Endeffekt billigte zuerst die Finanzkommission mit 18 von 21 Stimmen und schliesslich auch der Kongress unter nationaler Dringlichkeit mit 107 Ja-Stimmen von 121 anwesenden Abgeordneten die Erhöhung des Haushaltes 2007 um 3,366 Mrd. auf insgesamt 40,198 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 5,3 Mrd.). Und es ist die Opposition, bestehend aus der *Patriotischen Partei*, den *Unionistas* und dem *Encuentro por Guatemala*, die bemäkelt, dass keine Normen aufgestellt wurden, um die Ausgabentransparenz zu gewähren, und dass weder die Währungskommission

noch die Steuerbehörde (SAT) konsultiert worden seien. Denn für die Berechnung des neuen Etats wurden kurzerhand die Schuldenlast um mehr als 3 Mrd. auf insgesamt fast 10 Mrd. Quetzales erhöht und mit 284 Mio. mehr an Importsteuereinnahmen gerechnet. 250 weitere Millionen sollen aus Anleihen stammen und die Kollokation von Schatzbriefen gilt ebenfalls als Geldquelle.

Zumindest wurden dem *Obersten Wahlgericht* (TSE) die beantragten 409 Mio. Quetzales zusätzlich gewährt, das Bildungsministerium bekommt 791,4 Mio. mehr, das Gesundheitsministerium 448,6 Mio. und das Innenministerium 317 Mio. Diese sollen in den *Zivilen Geheimdienst* (DIGICD), das Gefängnisystem, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen und das *Forensische Institut* (INACIF) fliessen.

Nach dieser schweren Geburt preist die Regierung den Monat März als Monat der Transparenz, während dem alle Ressorts ihre Buchführung vorweisen müssen. Für die GAM stellt diese Heraushebung jedoch eine politische Show dar, sei die Regierung doch dazu verpflichtet, den BürgerInnen ihre Ausgaben zu präsentieren. Ausserdem stelle Transparenz mehr dar, als zu erzählen, wie viel für was ausgegeben wurde. Dies sage schliesslich nichts über die Effizienz und die Zielerfüllung der Institutionen aus.

Das Loch und noch mehr Löcher

Guatemala, 16. März. Nach den letzten Ereignissen im Land – die Morde und die hohen Besuche – scheint sowohl von der Stadt als auch von der Regierung das riesige Loch vergessen worden zu sein, dass im Stadtviertel San Antonio klafft und das Leben der AnwohnerInnen immer noch gefährdet. Angesichts seiner Verortung ist nicht auszuschliessen, dass die Verbindung zwischen der Hauptstadt und dem Osten des Landes sowie der Atlantik-Küste beeinträchtigt wird. Daneben leben die Familien in einer improvisierten Notunterkunft, ohne dass eine Lösung für sie in Sicht scheint. Die Autoritäten schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu. Bürgermeister Alvaro Arzú beharrt darauf, dass es sich um ein Problem aufgrund einer geologischen Falte handle – und somit ausserhalb seiner Zuständigkeit liege; Präsident Berger bietet unterdessen die Hälfte der nötigen Gelder für die Instandsetzung an, doch niemand nimmt die Sache in die Hand.

Keinen Monat nach dem Absacken

in der Zone 6 melden AnwohnerInnen eines Viertels im Hauptstadtvorort Mixco Geräusche, "wie von rollenden Fässern". Einige Wohnhäuser haben bereits Risse, zwei sind aufgrund ihres Verfalls geräumt worden. Dazu kommt eine wohl ein Meter breite Kluft, die sich auf einigen Strassen geöffnet hat, derweil die Abwässer der katholischen Kirche seit dem Erdbeben 1976 direkt in die Erde fliessen, da die Kanalisation kaputt ist.

Schon seit dem ersten Krater wurde dieser in den Zeitungskomentaren gerne als Metapher benutzt, spiegle dieses Phänomen doch das wieder, was in Guatemala passiere. In diesem Sinne befinde sich Guatemala eingesunken in einem tiefen Loch, dessen Dimensionen nicht einzuschätzen seien. „Während wir uns von Besuchern ablenken lassen (Bush, den Delegierten der Versammlung der IADB und anderen) untergräbt sich die Struktur der Institutionalität und Funktionsfähigkeit Stück für Stück von selbst, die wir als Land haben“, so eine Kolumne in der Tageszeitung *La Hora*.

¡Híjole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Der untergrabene Staat

Der erbarmungslose Mord an drei Salvadorianern, Abgeordnete des Zentralamerikanischen Parlaments, am 19. Februar ist den Tätern nicht gut gelungen, obwohl sie Experten in dieser Arbeit waren. Die Tat löste eine Kettenreaktion von Ereignissen aus, die trotz der Verwirrungsmanöver mit Bestimmtheit klarstellen, dass die Staatsinstitutionen von unheilvollen Gruppen eingenommen sind, mit dem Einverständnis der höchsten Autoritäten.

Schauen wir uns ein paar Tatsachen an:

1. Sechs Tage nach dem Verbrechen, ebenfalls mit professionellem Hass, werden vier der beschuldigten Polizisten im „Hochsicherheitsgefängnis“ El Boquerón beseitigt, vier Männer, die über kostbare Information zu den intellektuellen Tätern des Verbrechens an den Abgeordneten verfügen.

2. Die Versionen über dieses neue Verbrechen widersprechen sich: Der Innenminister, Carlos Vielmann, beharrt darauf, dass es von aufständischen Gruppen der Inhaftierten begangen wurde und er benutzt einen Medienaufmarsch, um es zu beweisen. Während dessen versichern ZeugInnen, ein schwer bewaffnetes und maskiertes Kommando ins Gefängnis hineingehen gesehen zu haben, das mit Leichtigkeit sieben mit verschiedenen Schlüsseln versperrte Türen passierte.

3. Ein Polizist, der in ZeugInnenschutz genommen wurde, sagt aus, er habe bereits 2006 beim Menschenrechtsprokurat Anzeige erstattet ob der Existenz von zwei Gruppen des organisierten Verbrechens in der Polizei und er bezeichnet als deren Verantwortliche die direkten Vorgesetzten der ermordeten Polizisten.

4. Mehr als 20 Tage nach den Taten ist weder der Innenminister noch der Polizeidirektor seines Amtes enthoben worden, trotz der weltweiten Wogen, die die Nachricht schlug, trotz des diplomatischen Aufruhrs und der Spannungen mit der salvadorianischen Regierung.

5. Die erste Phase der folgenden Interpellation des Innenministers war eher ein Witz denn die Bemühung des Funktionärs, zur Aufklärung der Wahrheit beizutragen: Er verwendete den Grossteil der Zeit darauf, in aller Ruhe und mit al-

len Details die lange Liste der BeraterInnen seines Ressorts vorzulesen...

Zu diesen Tatsachen summieren sich weitere, wie das verdächtige Vertrauen von Präsident Berger in seinen Minister und seinen Polizeichef und das seltsame Schweigen der mächtigen konservativen Unternehmensgremien, wie der Unternehmensverband CACIF und seine neoliberalen Ideologen, die sonst sich mit Elan an den Debatten der Presse beteiligen.

Ich bin kein Ermittler, aber ich bin auch nicht völlig blöd und habe viele Fragen zu der ganzen Geschichte: Warum waren es just Elitepolizisten, wie stets versichert wird, die die Abgeordneten ermordet haben? Wenn solche Verbrechen in Guatemala unter Beteiligung von qualifizierten Polizeikräften verübt werden können, welches Schicksal erwarten dann VerteidigerInnen der Menschenrechte, der natürlichen Ressourcen oder der Maya-Kultur? Wer kann da noch die innere Sicherheit für die BürgerInnen garantieren? Was bleibt von der *Befehlskette* der Sicherheitsinstitutionen übrig? Warum will uns der Innenminister entgegen ZeugInnenaussagen weismachen, dass die beschuldigten Polizisten nicht von einem Kommando sondern von Häftlingsbanden umgebracht wurden, die die Polizisten angeblich hassten? Wenn man für diese tatsächlich höchste Sicherheit anstrebte, warum wurden sie dort eingesperrt, wo die Häftlinge sie töten konnten? Wer öffnete all die sieben Türen, vom Eingang des Knastes angefangen? Warum hat die Presse (die von der Oligarchie kontrolliert wird) keine Abzüge der ZeugInnenaussagen veröffentlicht, die das Kommando in das Gefängnis haben hineingehen sehen, ist dies doch eine Information von enormer Tragweite? Warum behalten der Präsident und seine Regierung den Minister und seinen Polizeichef im Amt? Wäre es nicht logisch, sie ihres Amtes zu entheben, um die Ermittlungen zu erleichtern? Warum schweigt die Oligarchie? Warum schweigen die neoliberalen Ideologen?

Ich habe gelesen, dass der Polizeichef der Sohn von Erwin Sperisen ist, einem Schweizer Guatemalteken, der

Guatemala vor der Welthandelsorganisation (WTO) vertritt und Schlüsselfigur bei der Unterzeichnung des Freihandelsvertrages (TLC) war. Eine besondere Rolle hat er wohl bei der Aufhebung des *Speziellen Agrarschutzes* (SEA) gespielt, dem einzigen Verteidigungsmechanismus, der den guatemalteken Bäuern angesichts der neoliberalen Gier geblieben war. Der andere, Sperisen *junior*, wurde zu Beginn der Regierung Berger im Januar 2004 ohne irgendwelche Vorerfahrungen zum Chef der Nationalen Zivilpolizei ernannt. Die Absicht bestand darin, den Unmut des Volkes ob der Politik zu kontrollieren, die die neoliberale Regierung zu Gunsten des Freihandelsabkommens und der Minenkonzessionen entschieden war durchzusetzen. Gezeigt hat sich das später bei den repressiven Massnahmen von Seiten der Polizei gegen die Volksproteste wegen der Minenexplorationen. (Und nach der makabren Geschichte von den ermordeten Abgeordneten und Polizisten kommt der Verdacht auf, dass just *diese* Polizei nicht nur mit dem Tod von gesellschaftlich Marginalisierten, sondern auch von führenden UmweltaktivistInnen zu tun hat.)

Es ist bekannt, dass die Regierung Berger Prioritäten gesetzt hat und sich der Fortsetzung der Ausverkaufspolitik widmet, die bereits die Regierung von Álvaro Arzú vorangetrieben hat, der festlegte, dass gerade einmal 1% des Gewinns des Minenabbaus im Land bleibt und damit schamlos 99% unserer Naturressourcen an die ausländischen Unternehmen verschenkt werden. Berger und seine oligarchen Gesellschafter brauchen schlicht und einfach Persönlichkeiten wie den Minister Vielmann oder den Polizeichef Sperisen, die sämtliche Erleichterungen für die neoliberalen Geschäfte und für andere weniger vorzeigbare Deals, wie den Drogenhandel garantieren.

Also, mit Leuten wie diesen und den Interessen, die sie verteidigen, verstehen wir jetzt ein bisschen besser die Dimensionen des Niedergangs des Staates in Guatemala und können uns eine Vorstellung davon machen, wer ihn untergräbt.